

Geneigte Bestellungen auf die „Stettiner Zeitung“ für das 3. Quartal 1867 wolle man auswärtig bei den nächsten Postanstalt möglichst frühzeitig machen. Der Pränumerationspreis beträgt bei allen Postanstalten in Preußen und Deutschland 1 Thlr. 5 Sgr.; in den bekannten hiesigen Expeditionen vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr.

Der vorgestrige Tag ist ein wichtiger Tag für die Geschichte des deutschen Vaterlandes. Die Reichsverfassung des norddeutschen Bundesstaates hat an demselben ihren Abschluß und Genehmigung gefunden und ist dadurch der Wunsch und das Ziel langer Bestrebungen der deutschen Patrioten endlich erreicht und zur Wirklichkeit gelangt. Alle Parteien, welche das Vaterland wahrhaft lieben und höher stellen, als die Fahne ihrer Partei, als die selbstischen Zwecke ihres eigenen Ichs, begrüßen daher auch dies Ereigniß als eines der schönsten und herrlichsten, das sie mit Sehnsucht erwarteten, wenn sie auch an dem Zustandekommen desselben nicht mehr zweifelten.

Das Abgeordnetenhaus und das Herrenhaus haben daher auch mit großer Mehrheit, letzteres selbst einstimmig, der Reichsverfassung ihre Zustimmung erteilt und alle persönlichen Bedenken fallen lassen, manchen Grundsatz ihrer Partei zum Opfer gebracht, um dies treffliche Werk zu Stande zu bringen. Beiden Häusern gebührt dafür unser lebhafter Dank.

Mehr als beiden Häusern gebührt aber der Dank aller Vaterlandsfreunde dem Manne, der mit eiserner Festigkeit diese Einheit trotz alles Widersprechens, trotz alles Berkenens und Opponirens, trotz der Mißgunst der andern deutschen Fürsten, trotz des Neides der benachbarten Staaten und wider Erwarten des gesammten Europas glücklich durchgeführt hat, dem Grafen v. Bismarck. Es war daher auch sehr wohl an der Zeit, wenn mehr Mitglieder des Berliner Magistrates ihm das Ehrenbürgerrecht der Hauptstadt des preussischen Staates anbieten wollten, und es ist ein trauriges Zeugniß von der Unreife gewisser Kreise und Köpfe, wenn andere Männer dies zurückweisen konnten.

Die Mehrheit des Berliner Magistrates, die diesen Antrag abgelehnt hat, motivirt ihren Beschluß dadurch, daß der Graf v. Bismarck sich nicht speziell um Berlin verdient gemacht habe. Uns erinnert diese Motivirung unwillkürlich an den Ausspruch eines ehrsamem Bürgers der weiland freien Stadt Frankfurt a. M., der ganz empört darüber war, daß die Stadt Frankfurt dem großen Dichter Göthe ein Denkmal setzen wolle, der doch nichts für die Stadt, oder wie er sagte, für den Staat gethan habe und nicht vielmehr einem seiner Freunde, einem Schuhmachermeister, der sich nach seiner Ansicht einst durch eine Bitte an Napoleon ein Verdienst um die Stadt erworben haben sollte.

Uns scheint die Mehrheit des Berliner Magistrates durch diesen Beschluß kein anderes Denkmal verdient zu haben, als in den Denkblättern des Kladderadatsch. Wer denn hat sich außer den Königen Preußens ein größeres Verdienst um Berlin erworben, als der Mann, der diese Stadt von einer Hauptstadt eines Staates von 19 Millionen zu einer Hauptstadt eines Reiches von 38 Millionen gemacht hat. Wer denn kann sich überhaupt um Berlin ein Verdienst erwerben, wenn dies kein Verdienst ist.

Doch die Herren jener Mehrheit scheinen die Verdienste des Grafen v. Bismarck mit demokratischer Brille gemessen zu haben, so daß in ihren Augen nur die Phrasen der Demokratie, nur das Geschrei der Opposition, nur das Hochhalten der Fahne der Fortschrittspartei ein Verdienst zu begründen scheint, und jeder Mensch, auch der beste Staatsmann, ihnen verdammungswürdig erscheint, der mit der Regierung geht und vernünftigen Grundsätzen huldigt oder den Thatfachen Rechnung trägt, oder, wie der Graf v. Bismarck, wohl gar große Thaten vollbringt.

Wie dem auch sei, wir wollen dem Berliner Magistrate sein Urtheil belassen, uns werden sie in unserer Hochschätzung für den Minister-Präsidenten nicht irre machen. Daß aber der Stadtrath Zelle, den man für die hiesige Oberbürgermeister-Stelle erwählt hat, wieder zu den Männern gehörte, der den Verhältnissen nicht Rechnung trägt und von den Verdiensten des Grafen v. Bismarck um Berlin gar keine Ahnung zu haben scheint, das haben wir mit großem Bedauern gesehen.

## Deutschland.

**Berlin, 25. Juni.** Sr. Maj. der König fuhrn gestern Abend 10 Uhr nach Schloß Babelsberg zurück. Heute Vormittag 9 Uhr besichtigten Sr. Maj. im Beisein der Königl. Prinzen und der Generalität das Lehr-Infanterie-Bataillon und nahmen später die verschiedenen Vorträge entgegen.

Ihre Majestät die Königin hat auf ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Schloß Babelsberg, während des Monats Juli, dieses Jahr wegen der von Sr. Maj. dem Könige in Ems beabsichtigten Kur verzichtet, während welcher Allerhöchstdieselbe in Koblenz verweilen wird. Ihre Abreise aus Windsor trifft mit der Reise der Königin Victoria nach Osborne zusammen. — Wahrscheinlich wird Ihre Majestät die Königin den Rückweg über Paris nehmen, daselbst wenige Tage verweilen, am Kaiserlichen Hof einen Besuch machen, die Weltausstellung besuchen und in der Königl. Votenschaft wohnen. Die Rückkehr nach Coblenz würde dann am 18. Juli stattfinden.

Der Handelsminister hat unterm 20. d. M. die Handelskammern offiziell benachrichtigt, daß mit den Regierungen von Baiern, Württemberg, Baden und Hessen eine Uebereinkunft abgeschlossen worden ist, durch welche die Fortdauer des Zollvereins für den in dem Zollvereinungsvertrage vom 16. Mai 1865 bestimmten Zeitraum (bis 31. Dezember 1877) und die den gegenwärtigen Bedürfnissen entsprechende Fortbildung des Vereins vereinbart ist.

Die Verhandlungen zwischen der Krone Preußen und König Georg über die Auscheidung des welfischen Hausguts von dem hannoverschen Staatsvermögen sind nach einer Korrespondenz der „S. B. H.“ abgebrochen und als gescheitert zu betrachten. Sie würden, meint der Korrespondent, erst wieder aufgenommen werden, wenn man in Hiesing verständigen Rathgebern das Dgr leihen wolle.

Der Kriegs- und Marine-Minister General der Infanterie Dr. v. Noon ist mit einem achttägigen Urlaube nach Pommern abgereist.

Die direkte telegraphische Verbindung zwischen hier und Paris ist laut amtlicher Mittheilung seit gestern Nachmittag gestört.

**Berlin, 25. Juni.** Obgleich der landwirthschaftliche Kongress, der im Jahre 1850 hier zusammengetreten war, für die Interessen der Landwirthschaft förderliche Resultate nicht aufzuweisen hat, ist doch in der vorgestrigen General-Versammlung des hier bestehenden Klubs der Landwirthe von Neuem die Einberufung eines ähnlichen Kongresses, und zwar für den November dieses Jahres, beschlossen worden. Den gleichfalls beabsichtigten Antrag, auf Gründung von Landwirthschaftskammern nach Art der Handelskammern hinzuwirken, hat man zwar für jetzt noch fallen lassen, doch scheint es die Absicht, auf dem Kongresse damit hervorzutreten. Von anderer Seite ist darauf hingewiesen worden, daß ein Bedürfniß für eine solche Institution kaum vorliege, da die Interessen der Landwirthschaft in Preußen durch die landwirthschaftlichen Lokal- und Central-Vereine und durch das Landes-Ökonomie-Kollegium, welches ebenfalls aus der Mitte der Landwirthe besteht, bereits so vielfach vertreten sind.

Am 22. d. waren es hundert Jahre, daß Wilhelm von Humboldt, der große Denker und Staatsmann geboren. Zur Feier des Tages hatte Prof. Steinthal, einer der Hauptberden in der von dem Geseierten auf dem Gebiete der Sprachwissenschaft begünstigten Herrschaft, die Gedankrede in der Universität übernommen. Der größte Hörsaal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Vortragende gab in fesselnder Darstellung ein klares geistiges Bild von dem Charakter des Geseierten, dessen Thätigkeit er hauptsächlich nach zwei Richtungen — als Sprachforscher und als Staatsmann — beleuchtete.

**Köln, 24. Juni.** Die als bevorstehend erwähnte Ankunft Ihrer Majestät der Königin Augusta, Allerhöchsthochselbst, von Koblenz kommend, sich zum Besuche des großbritannischen Hofes nach Schloß Windsor begibt, erfolgte hieselbst gestern Nachmittag 5 Uhr 20 Minuten. Die hohe Frau, in deren Gefolge sich die Fürstin Radziwill, Gräfin Haack Excellenz, Gräfin Brandenburg und der Kammerherr Graf von Hompesch befinden, wurde im festlich geschmückten und besagten Rheinischen Central-Bahnhofe von den Spitzen der hiesigen königlichen und städtischen Behörden empfangen und setzte mit dem um 6 Uhr abgehenden Bahnzuge die Reise fort. Den kurzen Aufenthalt hieselbst benutzte Ihre Majestät, um in Begleitung des Dombauamteisters den Dom zu besuchen und die Arbeiten zur Herstellung der Terrasse des Dombügels in Augenschein zu nehmen und war von der Anordnung und dem Fortgange derselben schicklich erfreut.

**Kiel, 22. Juni.** Am 19. d. M. hat die Uebergabe der durch den Vertrag vom 27. Sept. v. J. an Oldenburg cedirten seither holsteinischen Gebietstheile stattgefunden.

**Hamburg, 22. Juni.** Der gestrige Hamb. Corr. schreibt: „Wir hören, daß ein hiesiger Bürger, welcher unlängst aus dem Staatsverbande getreten ist, um seinen Wohnsitz in einem nicht-deutschen Staate zu nehmen, sich jetzt wieder zum Eintritt gemeldet hat, weil er durch jenen Austritt heimathlos geworden, den größten Schwierigkeiten begegnet, unter Andern weder einen Paß noch eine Aufenthaltskarte erlangen kann. Jedenfalls ist dieser Vorfalle geeignet, Andern zur Warnung zu dienen, die vielleicht ebenfalls im Begriffe stehen, unüberlegter Weise ihr hiesiges Heimathrecht aufzugeben.“

**Ems, 24. Juni.** Nach gestern eingetroffenen Mittheilungen des Herrn Grafen von Perponcher, attachirt beim Königl. Hofmarschallamt in Berlin, wird Sr. Maj. der König nicht vor dem 4. Juli hier eintreffen. Der König wird in Civil ankommen und wünscht, daß beim Empfang die Herren gleichfalls in Civil erscheinen möchten. Das von der hiesigen Bürgerschaft aufgestellte und dem Könige eingereichte Programm ist in seinen Hauptzügen genehmigt; Sr. Majestät hat das Ständchen am Abend seiner Ankunft angenommen, den beabsichtigten Fackelzug in Anbetracht der sich hier aufhaltenden vielen Leidenden, welche eine frühzeitige Ruhe bedürfen, abgelehnt. Am zweiten Abend findet die Aufführung der französischen Operette von Offenbach statt, der Prolog, welcher dem Stücke vorausgehen sollte, fällt auf Wunsch des Königs aus. Das Feuerwerk am dritten Abend wird stattfinden.

**Weimar, 20. Juni.** Ein vom Ober-Appellationsgerichtsrath v. Grop zu Jena formulirter Vorschlag wegen Verschmelzung sämmtlicher Appellationsgerichte der thüringischen Staaten mit dem Ober-Appellationsgericht Jena wird in unserer Tagespresse sehr lebhaft besprochen und findet den ungetheiltesten Beifall. Man geht sogar noch weiter und schlägt vor, daß, wenn man einmal etwas Gutes schaffen wolle, man dies nicht halb, sondern ganz thun möge, nämlich zugleich Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege

auch in Civilsachen einzuführen, wie dies bereits mit bestem Erfolge in Strafsachen geschehen sei, wie dieses Gerichtsverfahren schon längst am Rheine bestehe. Man sagt sich, wie gar nicht abzusehen sei, daß man nur den kurzen Prozeß mache, wo es sich um die höchsten Güter, Ehre, Leben und Freiheit handle, nämlich in Kriminalsachen, und nicht auch da, wo weit geringfügigere Dinge in Frage sind, das bloße „Mein“ und „Dein“ in Civilrechtsachen. Und in der That würde dadurch eine noch größere Vereinfachung des Gerichtsverfahrens, eine wesentliche Ersparniß der Arbeitskräfte und ein großer Gewinn für die Staatsbürger herbeigeführt werden. Ueber die Kostspieligkeit und Langsamkeit des geheimen Gerichtsverfahrens, deren Wurzel eben in dem Verfahren selbst liegt, dem unvolkthümlichsten und mißlieblichsten Institut, das hier noch besteht, hört man die gerechtesten Klagen; theilte doch gelegentlich im letzten Landtage der Präsident des Landtages zur Erweiterung der ganzen Versammlung mit, daß in den nächsten Tagen ein Erkenntniß auf eine vor 11 Jahren eingeleitete Appellation werde eröffnet werden.

**Bückeburg, 22. Juni.** Heute Morgens hat die zur Vereinbarung der Landesverfassung einberufene Versammlung den ihr von unserer Regierung vorgelegten Beitritt zum norddeutschen Bunde, sowie zur Bundes-Vereinbarung einstimmig angenommen. — Ein Gleiches hat bezüglich des Beitrittes zu der von Preußen mit den vormalig zur Bundes-Reserve-Infanterie-Division gehörigen Staaten abgeschlossenen Militär-Konvention stattgefunden.

**München, 22. Juni.** Die öffentliche Aufmerksamkeit wendet sich nach dem „Schwäb. Merk.“ in hohem Grade den Beratungen des Gesetzgebungs-Ausschusses über das Gewerbegesetz zu. Bis jetzt sind acht Artikel desselben erledigt, davon der erste lautet: „Alle Staatsangehörigen, ohne Unterschied des Geschlechts und des Glaubensbekenntnisses, sind zum Betriebe von Gewerben im ganzen Umfange des Königreichs berechtigt. In dieser Berechtigung liegt insbesondere die Befugniß, verschiedenartige Geschäfte gleichzeitig an mehr Orten und in mehreren Lokalitäten desselben Orts zu betreiben, von einem Gewerbe zum anderen überzugehen, ein Geschäft auf den Bereich anderer Gewerbe auszudehnen und Hülfspersonen aus verschiedenartigen Gewerbezweigen in beliebiger Anzahl in und außer dem Hause zu beschäftigen.“ Art. 8 aber lautet: „Nachstehende Unternehmungen und Geschäfte dürfen nur auf Grund einer Konzession betrieben werden: 1) Privat-Eisenbahn- und Dampfschiffahrts-Unternehmungen, 2) Privat-Unternehmungen von Kreditkassen und Bankanstalten, 3) das Apothekergewerbe, die Bereitung von Gift oder Arzeneien, deren Verkauf beschränkenden Verordnungen unterliegt, sowie der Handel mit diesen Waaren, 4) die Gast- und Schankwirthschaft, dann der Kleinhandel mit geistigen Getränken in den Landestheilen diesseits des Rheins, 5) das Tröbbergewerbe, dann Kommissions- und Anfrage-Bureau.“

**München, 23. Juni.** Der Eintritt Baierns zu der Uebereinkunft mit Preußen wegen Fortdauer des Zollvereins wird voraussichtlich eine frühere Wiederberufung der Kammer, als außerdem notwendig erscheint, zur Folge haben, damit die benötigten Gesetzesvorlagen — Verfassungsänderung hinsichtlich des Gesetzgebungsrechts und Wahlgesetz zum Zollparlament — rechtzeitig erledigt werden können. Am 1. Oktober d. J. müssen indessen die Kammern jedenfalls verammelt sein, da bis dahin das Budget für die nächste Finanzperiode in Vorlage zu bringen ist. Zum Zollparlament wird Baiern 48 Abgeordnete und die süddeutschen Staaten zusammen 80 Vertreter zu wählen haben.

## Ausland.

**Wien, 22. Juni.** Das Abgeordnetenhaus läßt sich durch die im gegenwärtigen Momente in unseren Regierungskreisen herrschende liberale Strömung in der Erfüllung seiner Pflichten nicht beirren; es hat heute, ungeachtet der bereits erfolgten Eistruung der Befestigungs-Arbeiten, die Petition der Kommune Wien in dieser Angelegenheit in Verhandlung gezogen, und wenn auch die Eistruung mit Befriedigung zur Kenntniß genommen, so doch auch verlangt, daß das Ministerium die Indemnität für die bereits gemachten Auslagen nachsuche. „Es liegt darin nicht gerade,“ sagt die „Presse,“ ein Ausdruck des Mißtrauens, aber es gehört zu einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung, und wir gestehen, daß uns selbst Minister-Verantwortlichkeits-Gesetze nicht zu beruhigen vermögen, so lange sie nicht bloß der legale Ausdruck eines thatsächlich geltenden parlamentarischen Regierungssystemes sind. Es heißt zwar neuerdings, die Männer seien gefunden, mit welchen sich das Kabinet Beust aus der Majorität der diesseitigen Reichsvertretung ergänzen wolle, und man nennt in erster Linie wieder Herrn von Hasner für das Portefeuille für Unterricht und Kultus, so wie die Herren Professor Herbst, Dr. Waser und Kaiserfeld für die übrigen Zweige der Verwaltung; allein es wird wohl noch einige Zeit ins Land gehen, ehe eine wahrhaft parlamentarische Regierung in Oesterreich eingeführt wird.

**Bern, 21. Juni.** Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung das Gesuch der in Tunis ansässigen Schweizer um Erziehung eines Konsulats in dieser Stadt abschlägig beschieden. Wenn die Motivirung dieses abschlägigen Bescheides auch der Nationalität der Schweizer nicht schmeichelt, so ist sie nichts desto weniger sehr richtig. Der Bundesrath sagt nämlich, daß für die Schweiz in Tunis viel besser gesorgt sein werde, wenn er sie direkt dem Schutze einer Seemacht, z. B. Frankreich, anempfehle, als wenn er einen Konsul dort einsetzen würde, welcher die Protection einer solchen Macht im Nothfalle doch selbst nachsuchen müßte. Diese Motivirung ist, beiläufig bemerkt, auch der Haupteinwand gegen die offizielle Einführung der schweizerischen Flagge auf dem Meere. Dieselbe würde notwendiger Weise zu Kollisionen führen, vor welchen sich die Schweiz namentlich sehr zu hüten hat.



Table with multiple columns: Eisenbahn-Actien, Prioritäts-Obligationen, Preussische Fonds, Fremde Fonds, Bank- und Industrie-Papiere. Includes various stock and bond listings with prices and interest rates.

Familien-Nachrichten. Verlobt: Fräulein Sophie Blum... Geboren: Ein Sohn: Fräulein... Gestorben: Gastwirt F. Schröder... Bertha Möller, Hermann Müller...

Bekanntmachung. Die für das Aufheben der Baumbrücke... Freitag, den 28. Juni, Morgens 11 1/2 Uhr, im Deputations-Saale... Die Deconomie-Deputation.

Auction. am 27. und 28. Juni cr., Vormittags 9 1/2 Uhr, im Kreisgerichts-Auctions-Lokal über: Gold, Silber, Uhren, Kleidungsstücke, Leinwand, Bettzeug, etc.

Stettin-Wollin-Cammener Dampfschiffahrt. (Nach den Seebadorten Misdroy, Neuen-dorf, Berg Dievenow.) Die Personen-Dampfschiffe „Die Dievenow“ u. „Misdroy“...

Stettin-Swinemünder Dampfschiffahrt. (Nach den Seebadorten Seringsdorf und Ahlbeck.) Der Personen-See-Dampfer „Princess Royal Victoria“...

Concert-Anzeige. Donnerstag, den 28. Juni, in den Räumen der Grünhof-Brauerei, zum Besten der Pensions-Zuschuß-Kasse für die Musikmeister des Königl. Preuss. Heeres: Monstre-Concert (150 Mann).

Avis. Nachdem mir eine Lotterie-Collecte der Königl. Preuss. Lotterie zu Frankfurt a. M. übertragen, halte ich die Loose dieser im gleichen Range mit unserer Landes-Lotterie in Berlin stehenden großen Geldverlosung angelegentlichst empfohlen...

Original-Loose zur II. Klasse in einer ganz geringen Anzahl zum Planpreise: 1/4 für 2 Thlr. 26 Sgr., 1/2 für 1 Thlr. 13 Sgr. liegen zur Ausgabe bereit, wobei ergebenst darauf hingewiesen wird...

Max Meyer, Lotterie-Einnehmer, Schuhstraße Nr. 4. Am 3. Juli Ziehung der ersten Klasse Königl. Preuss. Lotterie zu Berlin, zu welcher nur Antheilloose zu folgenden Preisen offerire: 1/4 für 18 1/2 R., 1/2 für 9 R., 1/4 für 4 1/2 R., 1/8 für 2 1/4 R.

Die „Bromberger Zeitung“ erscheint täglich, mit Ausnahme Sonntags, und wird mit den Abendblättern und Posten versandt. Das politische Material wird sorgfältig gewählt und wöchentlich mindestens zweimal eine politische Uebersicht über die augenblickliche Weltlage gebracht...

Einladung zum Abonnement. Vom 1. Januar 1867 an erschien jeden Donnerstag in groß Oktav-Format im Verlage des Unterzeichneten unter dem Titel: „Der Heimgarten.“ ein Blatt für gemüthliche Leute, das der Unterhaltung einen möglichst weiten Spielraum bietet...

Bekanntmachung. betreffend die Verlängerung der angeordneten Contumaz der Hunde. Unter Hinweisung auf die Polizei-Verordnung vom 16. Mai cr. und die Bekanntmachung vom 22. desselben Monats, wird mit Genehmigung der Königl. Regierung, die mit dem 27. d. Mts. zu Ende gehende Contumaz der Hunde noch auf fernere 6 Wochen verlängert...

Direktorium der Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft. Fretzdorff, Stein, Kutscher.

